

Tag der Aussenpolitik: Mit dem Finanzsektor zu mehr Nachhaltigkeit

Von *Christoph Wehrli*

Nachhaltige Kapitalanlagen – ein Hebel zur Bremsung des Klimawandels - sind in einem starken Aufschwung. Akteure des Finanzsektors und Umweltorganisationen wirken zusammen. Doch trotz grossen Fortschritten ist die Schweiz noch längst nicht auf Kurs der globalen Klimaziele.

Der Tag der Aussenpolitik fand kurz nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes statt. Die von Lea Hungerbühler moderierte Diskussion über «Finanzplatz und Klimawandel» sollte jedoch nicht dazu dienen, eine schnellfertige Alternative zu präsentieren.

Rasch wachsender Markt

Erste Initiativen für ökologisch und sozial ausgerichtete Finanzinstrumente gab es in der Schweiz bereits in den 1990er Jahren, wie Patrick Odier ausführte. Heute, da der Genfer Bankier und ehemalige Präsident der Bankiervereinigung nun Präsident des Netzwerks Swiss Sustainable Finance wird, scheint aus diesen Ansätzen eine breite Bewegung geworden zu sein. Das Volumen nachhaltiger Geldanlagen (verschiedene Kategorien zusammengenommen) ist in der Schweiz innert zehn Jahren von 40 auf 1500 Milliarden Franken und allein 2020 um 30 Prozent gewachsen. Die Investitionen haben sich laut Odier auch finanziell als erfolgreich erwiesen. Den Verdacht des «Greenwashing», der Neuetikettierung von eher konventionellen Geschäften, wies er zurück; es gebe durchaus Regeln und Sanktionen. Er räumte aber ein, dass es noch viel zu tun gibt, bis alle die gleiche Sprache sprechen und die Wirkungszusammenhänge zwischen Finanzierung, industrieller Produktion und Umwelt genauer geklärt sind.

Standards, Tempo und Kooperation

Die Frage der Qualität hob dementsprechend der CEO des WWF Schweiz hervor. Thomas Vellacott wies beispielsweise darauf hin, dass 70 Prozent der Besitzer von Unternehmensanleihen, die angeben, eine Kohleausschlussstrategie zu verfolgen, immer noch Geld in Firmen hätten, die Kohle fördern oder verstromen. Insgesamt sei der schweizerische Finanzsektor noch nicht auf die Ziele des Pariser Klimaabkommens ausgerichtet (wie es dieses in einer allgemeinen Form verlangt) und im internationalen Vergleich bei weitem kein Pionier mehr. Die Umstellung auf erneuerbare Energien müsse noch wesentlich rascher erfolgen und benötige sehr viel Geld. Absichtserklärungen genügten nicht. Der Vertreter des WWF forderte vielmehr wissenschaftlich begründete Ziele und Meilensteine für einen CO₂-Absenkpfad, auf internationalen Normen aufbauende Standards und aussagekräftige Messgrössen sowie eine regelmässige Information über die Umsetzung.

Braucht es neben der Verantwortung von Geldanlegern und Regeln der Branche auch staatliches Handeln? Odier wünscht sich einen möglichst flexiblen Rechtsrahmen und vor allem Anreize. Vellacott verwies auf die Vorschriften und die Taxonomie (Bewertung einzelner Stoffe und Verfahren), mit denen die EU die Umstellung vorantreiben will und die Schweiz herausgefordert wird. Doch betonte er, entscheidend sei die Wirkung, und diese sei erfahrungsgemäss dann am grössten, wenn staatliche Vorgaben gut mit Freiwilligkeit und Selbstregulierung kombiniert werden. Nachhaltigkeit sei nur *mit* dem Finanzplatz zu erreichen, sagte Vellacott. Umgekehrt werde aber auch ein Finanzsektor, der Nachhaltigkeit nicht zu seinem Kerngeschäft zähle, wegen der Bedürfnisse der Kundschaft nicht funktionieren. «building bridges» (zwischen der Finanzwirtschaft und der nachhaltigen Entwicklung) heisst denn auch eine von Patrick Odier präsierte Initiative, die Ende November in Genf zum zweiten Mal Akteure aus Wirtschaft, Behörden, Uno-System, NGO und Wissenschaft zum internationalen Austausch zusammenführen soll.

Die «Building Bridges Week» wird kurz nach der UNO-Klimakonferenz in Glasgow stattfinden, wo nachhaltige Finanzen ein zentrales Thema sein werden. Die Schweiz wird dabei besonders gefordert sein, will sie tatsächlich international eine führende Rolle spielen, wie es der Bundesrat verspricht. Um diesen hohen Anspruch zu erfüllen, bedarf es verstärkter Anstrengungen – zeigte sich in der Diskussion im Workshop über Finanzplatz und Klimawandel.